



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/159 - 12.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Kinderbeihilfe und Familienausgleichskasse	S. 1
Ostblock lockt Vertriebene zur Rückkehr	S. 3
KP-Kinderkrieg gegen westdeutsche Polizei	S. 4

B e i h i l f e n o d e r n e u e L a s t e n ?

Auf dem Wege zur Sicherung ausreichender Familienlöhne

(sp) Weder die Arbeitgeber, noch die Arbeitnehmer der Bundesrepublik sind in ihrer Mehrheit geneigt, anstelle des Leistungslohnes den Soziallohn einzuführen. Schon der Gründungskongreß der Gewerkschaften hat vor zwei Jahren die Forderung erhoben, einen Ausgleich der Einkommensverhältnisse auf überbetrieblicher Grundlage zu schaffen und Kinderbeihilfen zur Erreichung eines angemessenen Lebensstandards zu gewähren. Die Notwendigkeit einer solchen Regelung mag aus dem Beispiel zweier in der gleichen Werkstatt in gleicher Tätigkeit beschäftigten Arbeiter hervorgehen, die beide einen Monatslohn von 320 DM brutto beziehen. Bei dem einen Arbeiter mit einem Kind ergibt sich ein Lohn von 106 DM pro Kopf seiner Familie, während er bei dem anderen, mit vier Kindern, auf 53 DM absinkt. Der kinderreiche Arbeiter wird also gezwungen, sich in Wohnung, Kleidung, Nahrung etc. einzuschränken. Auch eine weitere Überlegung läßt eine umgehende Regelung für kinderreiche Familien ebenso dringlich erscheinen. Die Zahl der Schulentlassungen (der 14jährigen also) steigt noch bis 1954, in welchem Jahre 884.400 1940 Geborene zur Entlassung kommen werden. Dann senkt sich die Kurve der "Hitler-Kinder" bedenklich und wird 1959 mit den 1945 Geborenen auf nur 480000 absinken. Die folgenden Nachkriegs-Jahrgänge sind schwach und werden 1965 mit etwa 750000 ihren Höhepunkt erreichen.

Man wird sich also auch überlegen müssen, ob die nachwachsenden Jahrgänge den Bedarf unserer Wirtschaft zu decken imstande sein werden.

Alle diese Erwägungen werden seit Jahr und Tag geprüft und der Ausschuss für Arbeits- und Sozialpolitik des Bundesrates hat, zusammen mit den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den kommunalen Verbänden bereits eine dankenswerte Vorarbeit geleistet. Die Gesprächspartner sind sich ausnahmslos über die Notwendigkeit von Kinderbeihilfen einig. Die Sozialpartner wie die Finanz-, Arbeits- und Sozialminister der Länder haben bereits im Vorjahr einen Vorschlag auf Gewährung allgemeiner Kinderbeihilfen gebilligt. Danach soll jeder, der weniger als 400 (der DGB wünschte 600) DM monatlich verdient, und mehr als zwei Kinder hat, eine Beihilfe von höchstens 20 DM je Kind erhalten. Die Finanzminister sahen seinerzeit von einem Initiativgesetz in der trügerischen Hoffnung ab, die Bundesregierung werde eine entsprechende Vorlage vorlegen. Sie fehlt bis heute.

Auch über die Aufbringung der Mittel war man sich grundsätzlich einig. Die Sozialpartner lehnten die private Aufbringung ab und wiesen auf die Streichung der Steuerklassen II und III. Der Finanzbedarf wurde auf etwa 300 Mio. DM geschätzt. Nun hat die Partei des Bundesfinanzministers, der bereits vor Jahresfrist bedeutet hatte, daß er für allgemeine Kinderbeihilfen keine Mittel habe, den Vorschlag gemacht, Kinderbeihilfen über sogenannte Familienausgleichskassen aufzubringen. Das heißt also, alle natürlichen Personen, die im Sinne des Paragraphen 1 des EStG unbeschränkt steuerpflichtig sind, haben einer Familienausgleichskasse beizutreten und etwa 2,5 Prozent ihrer Bruttolohnsumme abzuführen. Man will also die allgemeinen Kinderbeihilfen auf ein "Selbsthilfe-Opfer" der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abbiegen, denn die erforderlichen Mittel müßten nach dem Willen der CDU-Initiatoren von dem, für die einzelnen Familienausgleichskassen jeweils in Betracht kommenden, Personenkreis aufgebracht werden und zu einer großen Belastung der Beteiligten führen. Kinderbeihilfen sind aber eine Verpflichtung des ganzen Volkes und sollten daher auch aus allgemeinen Haushaltsmitteln gezahlt werden. Die Bundesrepublik hat mit einer gesetzlichen Regelung nicht mehr viel Zeit zu verlieren, denn in Europa sind wir mit den Österreichern die Letzten, die sich bisher dieser sozialpolitischen Forderung verschlossen haben.

"Kehret zurück, alles vergeben"

Ostblock lockt Vertriebene zur Rückkehr

H.-Wien, Mitte Juli

In diesen Tagen haben die ausländischen Vertretungen der Tschechoslowakei, Ungarns, Polens und Rumäniens von ihren Zentralen Anweisung erhalten, in den Kreisen der aus diesen Ländern seinerzeit vertriebenen Deutschen für die Rückkehr in die alte Heimat zu werben. Als erster Ostblockstaat hat die Tschechoslowakei eine solche Rückkehranordnung erlassen, die sich vom Zuzug von Deutschen, insbesondere aus dem Gebiet der sowjetisch-besetzten Zone, die Gewinnung billiger Arbeitskräfte zur Erfüllung des Fünfjahresplanes erhofft. In der Anordnung wird den Deutschen eine generelle Straffreiheit zugesichert, es wird ihnen Hoffnung auf "bescheidenen Wohnraum" gemacht und schließlich gibt man gleich zu, daß man unter den Heimkehrern die industriellen Facharbeiter besonders begrüßen werde. Amtliche Prager Kreise hoffen, daß besonders die heute noch in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Staaten in Lagern lebenden Flüchtlinge dem Rufe der Heimat folgen werden. Daß es kein Ruf der Heimat ist, sondern ein hinterlistiger Schachzug der Moskauer Zentrale, um wirtschaftliche Schwierigkeiten innerhalb des Satellitenbereiches zu beseitigen, brauchte eigentlich nicht erwähnt zu werden.

Fast unbeachtet von der westlichen Öffentlichkeit hatte eine sowjetische Delegation unter Führung von Marschall Konjew eine Inspektionsreise gemacht, und war erst vor wenigen Wochen in Prag angekommen, um den Fortgang "des wirtschaftlichen Aufbaues" zu besichtigen. Bei dieser Gelegenheit versprach der Minister für die tschechische Schwerindustrie, Kliment, dem sowjetischen Marschall, daß in Zukunft die Lieferungen nach der UdSSR sowie den Ostblockstaaten noch besser als bisher erfüllt werden würden. Aber zur Zurücknahme eines Teiles der vor sechs Jahren unter furchtbaren Greueln davongejagten Deutschen wollte man sich noch immer nicht entschließen. In schwierigen Verhandlungen mit Moskau wurde endlich ein Übereinkommen erzielt, welches die kommunistischen Machthaber am Hradschin von der Bedingung abhängig machten, daß die Rückführungskommissionen die gesuchten Spezialarbeiter für die Engpaß-Industrien auswählen dürfen und ihnen

gleichzeitig die Verpflichtung abgenommen wird, nach der Rückkehr für die Tschechoslowakei zu optieren. Gleichlautende Bedingungen stellten die anderen Satelliten-Regierungen, von denen besonders die Polen heftigen Widerstand gegen den Moskauer Rücksiedlungsplan leisteten, weil sie in seiner Verwirklichung eine politische Gefahr für ihre bisher in den besetzten deutschen Gebieten hinter Oser und Weisse getriebene Politik erblickten. Aber auch hier hatte Moskau in dem Hinweis auf die noch immer in großem Maße ungenutzten landwirtschaftlichen Gebiete und deren Einbeziehung in die östlichen Versorgungspläne ein Argument, dem man in Warschau nicht zu entgegnen wagte.

Den wirtschaftlichen Sorgen Moskaus um die Produktionsleistungen im südwestlichen sowjetischen Machtbereich kam der Wunsch der Ostzonen-"Regierung" entgegen, einen Teil der über vier Millionen Flüchtlinge wieder abgeben zu können, nachdem ihre Eingliederung in die Ostzone unmöglich ist und selbst die nach der Bodenreform eingeleitete Siedleraktion als gescheitert angesehen werden muß.

+ + +

Zermürbungskrieg der KP gegen die Polizei

(sp) Hannover

Aus der Perspektive der Zonengrenze haben die Bewohner Niedersachsens in diesen Tagen an zwei Ereignissen feststellen können, daß in der Ost-West-Politik die Initiative immer noch bei der anderen Seite liegt und daß der Westen wie bisher sich auf die Abwehr östlicher Pinten beschränkt. Einmal durch eine "Grenzbegradigung" bei Gifhorn, wo die Russen, nicht ohne Maschinenpistolen in Anschlag zu bringen, die Ostzone durch Versetzung von Grenzpfählen um 25 Morgen Wald auf Kosten Niedersachsens vergrößert haben. Das ist etwa der fünfte Fall dieser Art, seit es eine Zonengrenze gibt. Die englischen Behörden als Schutzmacht geben zu, daß sie noch keine dieser Grenz-"Korrekturen" als rechtens anerkannt haben, aber die Russen haben sich bisher von diesen formaljuristischen Spielereien wenig beeindrucken lassen.

Das zweite Ereignis liegt schwerer. 10.500 Polizisten sind in Niedersachsen aufboten worden, um zu verhindern, daß 6000

westdeutsche Kinder, erwisenermaßen aus kommunistischen Familien, unter partisanenkriegsähnlichen Umständen illegal in die Ostzone geschleust werden. Die Gegenaktion ist gelungen; viel Kinder sind es nicht, die in die ostzonalen "Ferienlager" gelangten, wo sie zu Statisten für die kommunistischen "Weltjugendspiele" in Berlin gedrillt werden. Aber diese Aktion war nur ein Anfang und sie konnte nur vereitelt werden, weil die Polizei von dem Plan vorher Kenntnis hatte. Wird sie auch von der nächsten Aktion im voraus wissen? Und wird sie, wie zu erwarten ist, bis zum 1. August, dem Beginn der "Weltjugendspiele", ständig auf dem Sprung sein können, um auch den nächsten und den übernächsten Schlag parieren zu können?

Es scheint, als habe die KP zu einem Zermürbungskrieg gegen die (sehr schlecht bezahlte) westdeutsche Polizei ausgeholt. Den Polizeibeamten wird so an Mühe und Aufopferung abverlangt, was die Bundesregierung bisher versäumt hat: durch gesetzliche Maßnahmen solchen Aktionen schon an der Quelle zu begegnen, nicht erst an der Zonen-grenze. Die Kommunisten haben vor einigen Wochen zu der Frauendemonstration vor dem Bundestag 35 Omnibusse auf die Räder gestellt; diesmal, für die Kinder, sogar weit über 100. Daß die Besitzer dieser Fahrzeuge alle Kommunisten wären, also sozusagen aus "Idealismus" oder Parteidisziplin gehandelt hätten, ist wenig glaubwürdig. Man müßte also Mittel und Wege finden, diesen Geschäftemachern beizubringen, daß das Geldverdienen dort eine Grenze findet, wo die Interessen des demokratischen Staates gefährdet erscheinen. Allein der Entzug der Transportmöglichkeiten wäre ein schwerer Schlag gegen die Bürgerkriegs-Strategie der Kommunisten.

Aber das wäre immer noch nur die Abwehr einer gegnerischen Initiative. In diesem konkreten Falle hätte man z.B. die Kinder, von denen nach Aussage der Polizei viele sehr erholungsbedürftig ausgesehen haben, einer wirklichen Erholung in westdeutschen Kinderheimen, Ferienlagern usw. zuführen können, was vermutlich auch vielen Eltern dieser Kinder lieber gewesen wäre als ein abenteuerlicher Übertritt in die Ostzone. Das wäre mehr als eine gute Parade eines gegnerischer Schlages gewesen; es hätte gezeigt, daß man im Westen über ebenso viel Phantasie und Fixigkeit verfügt, wie die Kommunisten über Skrupellosigkeit, zehnjährige Kinder in ihre Propaganda einzukalkulieren. Freilich, es wäre unbillig, das allein von Niedersachsen zu verlangen. So wie die Auswüchse des Bolschewismus ein gesamtdeutsches Übel sind, müßte auch ihre Bekämpfung ein gesamtdeutsches Anliegen sein, wobei Westdeutschland für Gesamtdeutschland einspringen müßte.

S t u f e n

Vorsfelder Jugend marschierte nach Sportfest und verlängertem Frühstück im Stehschritt an einem PKW vorbei. Die Musik intonierte den Badenweiler Marsch.

Der frühere Arbeitsdienstführer Fehse fand sich zur "Führer-Imitation" bereit. Er grüßte mit zum Hitler-Gruß erhobenen Arm. Man rief - wir fürchten, nicht ironisch: Wir wollen unseren Führer sehen.

x x x

Vechelde - ebenfalls ein kleiner Ort im Braunschweigischen.- Am 26. und 27. Mai 1951 ist großer Markt. Auf Wunsch und unter Mitsingen der Gäste im Zelte Tetzner (Besitzer Tetzner ist alter Pg) spielte die Kapelle Fritsch-Peine das sogenannte England-Lied.

Drei andere Lieder aus dem Repertoire der gleichen Band hatten im benachbarten Zelt Gastwirt und Ortsgruppenleiter a.D. Bolz klingenden Erfolg gebracht. Ihre Titel, vom Publikum stürmisch verlangt: Das "Horst-Wessel-Lied", "Es zittern die morschen Knochen" und "Es weht die Fahne Schwarz-Weiß-Rot".

x x x

Der Rat der Stadt Wolfsburg hat am 25. Juni 1951 beschlossen, die bisherige Friedrich Ebert-Straße in Hindenburg-Straße umzutaufen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD von allen Parteien angenommen.

x x x

Nach der Hinrichtung der sieben Landsberger Häftlinge zog eine Abordnung der SRP, Vorsfeldes stärkster Partei, in der üblichen Aufmachung mit Trauerflor zum Ehrenmal der Stadt. Dort legte sie einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife nieder, deren Widmung den Gefallenen der Weltkriege und den Landsberger Häftlingen gemeinsam galt. Die Schleife wurde nach einigen Tagen von Bürgern der Stadt entfernt.

Die Staatsanwaltschaft Vorsfelde nahm einen Strafantrag der SRP gegen "Unbekannt" wegen Entfernung der Schleife an.

x x x

Verantwortlich: Peter Raunau